Wie kann Vielfalt kultureller Ausdrucksformen im Kontext von KI geschützt werden?

Am 21. März 2025 beauftragte die Österreichische UNESCO-Kommission Magdalena Reiter mit der Erstellung einer Analyse zur Umsetzung der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen im Kontext von Künstlicher Intelligenz.

Ziel der Analyse ist die Untersuchung des Umsetzungsstandes der UNESCO-Konvention in Österreich, ausgehend von konkreten Empfehlungen einer UNESCO-Expert*innengruppe, mit Fokus auf die Bereiche Zugang, Auffindbarkeit und Transparenz sowie die Entwicklung konkreter Policy-Empfehlungen für den österreichischen Kontext.

In Anbetracht der bestehenden Empfehlungen der *Initiative Urheberrecht* waren urheberrechtliche Fragestellungen nicht Teil der Analyse. Die Inhalte dieser Publikation spiegeln die Sicht der Autorin und nicht notwendigerweise die Position der Herausgeberin wider.

Der Bericht enthält die Ergebnisse der Analyse in Schriftform.

IMPRESSUM

Reiter, Magdalena: Wie kann Vielfalt kultureller Ausdrucksformen im Kontext von KI geschützt werden? Österreichische UNESCO-Kommission (Hg.), Wien, 2025.

Herausgeberin:
Österreichische UNESCO-Kommission,
Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien
Österreich

E-Mail: oeuk@unesco.at
Website: www.unesco.at

ISBN-Nr.: 978-3-902379-37-5
Erstmals erschienen: Dezember 2025

Autorin: Magdalena Reiter
Redaktion: Österreichische UNESCO-Kommission

Diese Publikation ist in Open Access und steht unter der Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International Public License (CC-BY-NC-SA 4.0) (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/igo/). Die Grafiken und Illustrationen sind von der Lizenz ausgenommen.

Die Inhalte dieser Publikation spiegeln die Sicht der Autorin und nicht notwendigerweise die Position der Herausgeberin wider.

Mit Unterstützung der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur und Sport

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 3
Handlungsfelder zur Sicherung kultureller Vielfalt im digitalen Kontext 4
Public Money, Public Learning 4
1. Infrastrukturen für Vielfalt und Sichtbarkeit 4
2. Linked Open Data: Metadaten zu Werken und Kunstschaffenden 5
3. Metadatenkataloge und Lerninhalte der öffentlichen Hand 6
Diversität sichtbar und überprüfbar machen 6
1. Datenerhebung im *R*ahmen öffentlicher Förderungen, Ankäufe, Ausstellungen und Kooperationen 6
2. Vielfalt in Algorithmen 7
3. Transparenzberichte 8
Know-how-Aufbau in öffentlichen Institutionen 8
Nachvollziehbares Management von Nutzungsrechten 9
Technische Infrastruktur öffnen 10
Fazit 11

Einleitung

Vor zwanzig Jahren wurde mit der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ein kulturpolitisches Fundament gelegt, das bis heute als Referenzrahmen für demokratische Gesellschaften gilt. Im Jahr 2025 stellt sich die Frage nach ihrer Umsetzung unter veränderten Bedingungen: Künstliche Intelligenz, digitale Plattformen und datengetriebene Ökonomien prägen zunehmend die Rahmenbedingungen, unter denen Kunst und Kultur entstehen, verbreitet und genutzt werden.

KI eröffnet neue Möglichkeiten für künstlerische Produktion, erleichtert den Zugang zu Werkzeugen und Wissen und senkt damit Eintrittshürden für Kunst- und Kulturschaffende. Gleichzeitig werden jedoch bestehende Machtasymmetrien verstärkt: Globale Plattformen prägen in vielen Bereichen, welche Inhalte sichtbar sind, private Konzerne kontrollieren große Datenpools, die für KI-Training genutzt werden, und Urheber*innen haben bislang kaum Einblick, ob und wie ihre Werke in diesen Prozessen genutzt werden.

Damit wird deutlich, dass kulturelle Vielfalt und die damit verbundene Transparenz, Auffindbarkeit und der Zugang im digitalen Umfeld keine Selbstverständlichkeit sind. Sie erfordern gezielte politische Rahmenbedingungen, sowohl im Hinblick auf ökonomische Konzentration und kulturelle Vereinheitlichung als auch auf die mangelnde Transparenz algorithmischer Systeme.

Die folgenden Ausführungen skizzieren kulturpolitische Handlungsansätze für Österreich, die an internationale Beispiele anknüpfen und zeigen, wie Offenheit, Teilhabe und Selbstbestimmung gezielt gestärkt werden können – nicht als Selbstzweck, sondern um den Risiken dieser wachsenden Monopolstellungen und intransparenten Systeme entgegenzuwirken und kulturelle Vielfalt langfristig zu sichern.

Handlungsfelder zur Sicherung kultureller Vielfalt im digitalen Kontext

Zugang, Auffindbarkeit und Transparenz müssen aktiv durch kulturpolitische Maßnahmen im Sinne struktureller Voraussetzungen geschützt werden. Im Folgenden werden praktische Handlungsfelder skizziert:

Public Money, Public Learning[1]

Wenn Kultur mit öffentlicher Förderung entsteht, sollte sie nicht in geschlossenen Strukturen verbleiben. Im Gegenteil: Öffentliche Mittel müssen auch öffentliche Lerngewinne ermöglichen.

Künstlerische Projekte entstehen häufig aus einem Zusammenspiel von staatlicher Finanzierung, privatem Engagement und ehrenamtlicher Arbeit. Umso wichtiger ist es, dass geförderte Projekte zumindest teilweise offen zugänglich gemacht werden, etwa in Form von Dokumentationen, Tutorials oder offenen Metadaten. Dies gilt insbesondere für hochsubventionierte Institutionen wie Theaterhäuser, Musikschulen oder Museen. Förderinstitutionen und große Kultureinrichtungen können hier eine Vorbildrolle übernehmen: Indem sie ihre Förderleitlinien um Standards für Offenheit und Transparenz erweitern, wird aus Einzelförderung ein kollektiver Beitrag zum Gemeinwohl. Für höhere Fördersummen könnten verbindliche Kriterien gelten, etwa zur Offenlegung von (Meta-)Daten, zur Berücksichtigung von Inklusion und zur öffentlichen Zugänglichkeit von Teilen der Projektergebnisse. So profitieren auch andere Kulturschaffende von den Erfahrungen, ohne dass ganze Werke oder Geschäftsmodelle frei veröffentlicht werden.

1. Infrastrukturen für Vielfalt und Sichtbarkeit

Offene Lerngewinne entfalten ihre Wirkung erst dann, wenn sie auch sichtbar und zugänglich sind. Dafür braucht es geeignete Infrastrukturen – und die gibt es bereits. Österreichische Institutionen sollten die Potenziale etablierter Commons-Plattformen gezielt nutzen, ihre Bedeutung sichtbar machen und deren Weiterentwicklung unterstützen.

[1] In Anlehnung an die Initiative Public Money, Public Code https://publiccode.eu/de/

Beispiele:

- *Wikimedia Commons bietet einen internationalen Speicher frei lizenzierter Materialien.*

  https://commons.wikimedia.org/wiki/Main_Page

- *Europeana bündelt Sammlungen aus ganz Europa und macht sie transnational nutzbar.*

  https://www.europeana.eu/en

- *ÖNB Labs zeigen, wie nationale Sammlungen über digitale Werkzeuge zugänglich gemacht werden können.*

  https://labs.onb.ac.at/de/

- *Wikidata strukturiert Daten als Linked Open Data, stellt sie maschinenlesbar bereit und verknüpft sie über internationale Schnittstellen.*

  https://www.wikidata.org/wiki/Wikidata:Main_Page

Wikidata gewinnt zunehmend auch für den Kunst- und Kulturbereich an Bedeutung: Durch die Strukturierung als Linked Open Data (LOD) werden Inhalte international sichtbar, für KI-Training anschlussfähig und für datengetriebene Analysen nutzbar. Österreichische Institutionen sollten solche Plattformen nicht nur als technische Werkzeuge, sondern als strategische Partner*innen begreifen.

2. Linked Open Data: Metadaten zu Werken und Kunstschaffenden

Öffentliche Lerngewinne dürfen Kunst- und Kulturschaffende nicht mit unnötiger Mehrarbeit belasten. Für freie Projekte könnte eine leichtgewichtige Metadatenpflicht im Zuge öffentlicher Förderungen, Ankäufe oder Ausstellungen den größten Nutzen bei geringster Zusatzlast bringen.

Titel, Kurzbeschreibung, Sprache, Region/Ort, Urheber*in(nen), Format, Medium, und wo vorhanden eine klare Angabe zu Nutzungsrechten für Daten und Begleitmaterial: Solche Basisdaten verursachen wenig Aufwand, werden häufig ohnehin erhoben und machen Inhalte in Suchsystemen, Feeds und langfristig auch in KI-Ausgaben besser auffindbar. Gleichzeitig werden sie so an offene Infrastrukturen wie Wikidata oder Europeana anschlussfähig.

Beispiel: Das Rijksmuseum in Amsterdam publiziert als langjährlicher LOD-Vorreiter, wo rechtlich möglich nicht nur Metadaten und Daten in hoher Auflösung unter CC0, sondern nutzt ausdrücklich Linked Open Data als Grundprinzip.

https://www.rijksmuseum.nl

https://data.rijksmuseum.nl/about/

Beispiel: Das MoMA - Museum of Modern Art in New York stellt Sammlungs- und Ausstellungsdaten als Open Data (unter der Lizenz CC0) bereit. Die Datensätze enthalten Wikidata-QIDs und Getty-ULAN-Ids.

https://www.moma.org/

https://github.com/MuseumofModernArt/collection

3. Metadatenkataloge und Lerninhalte der öffentlichen Hand

Institutionen der öffentlichen Hand können zusätzliche Lerngewinne erzeugen. Sie sollten:

- Metadatenkataloge pflegen,
- in Interoperabilität investieren (offene Schnittstellen, stabile Ids vergeben, saubere Rückverweise zu Quellen dokumentieren)
- und ergänzende Materialien wie Beschreibungstexte, Videos, Audios, Arbeitsblätter oder museumspädagogische Inhalte für die aktive Nachnutzung veröffentlichen.

So entsteht ein gemeinsamer, durchsuchbarer Kontext für Sichtbarkeit, Provenienzforschung, Vermittlung und internationale Zusammenarbeit.

Beispiel: Das MoMA bietet ergänzend zu seiner offenen Sammlung Audios, Videos, Artikel und Onlinekurse für verschiedene Zielgruppen und erfüllt damit seinen Bildungsauftrag auf innovative Weise.

https://www.moma.org/

Diversität sichtbar und überprüfbar machen

Diversität im Kulturbereich bleibt ein strukturelles Schlüsselthema. Es braucht langfristiges Engagement, Ressourcen und Kooperation, damit Kultur tatsächlich inklusiv wird und Kunst- und Kultur jene Vielfalt widerspiegelt, die wir gesellschaftlich leben. Mögliche Handlungsfelder sind:

1. Datenerhebung im Rahmen öffentlicher Förderungen, Ankäufe, Ausstellungen und Kooperationen

Zunehmend stellt sich die Frage, wie Fördermittel im Kulturbereich diskriminierungsarm vergeben werden können: Projektförderungen, Stipendien und Ausstellungsmöglichkeiten eröffnen Künstler*innen individuelle Entwicklungsmöglichkeiten und prägen zugleich regionale Kulturlandschaften. Jurys entscheiden anhand von bestimmten Kriterien über Förderung oder Nicht-Förderung und beeinflussen damit, welche Perspektiven und Ästhetiken sichtbar werden. Doch wie vielfältig ist die Auswahl?

Beispiel: Das Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung Diversity Arts Culture hat mit ihren Leitfäden für eine diskriminierungskritische Kulturförderung „Fair verteilt?" Handlungsansätze für Fördergebende und Jurys formuliert.

https://diversity-arts-culture.berlin/fair-verteilt-leitfaeden-fuer-eine-diskriminierungskritische-kulturfoerderung-0

Vielfalt zu fördern setzt voraus, dass sie messbar und nachvollziehbar wird. Derzeit gibt es in Österreich nur begrenzte Daten darüber, wie divers die Gruppe der geförderten und ausgestellten Kunst- und Kulturschaffenden tatsächlich ist. Ohne eine solide und standardisierte Datengrundlage bleibt unklar, welche Stimmen im kulturellen Feld stark vertreten sind, welche marginalisiert bleiben und wie sich Teilhabe über die Zeit entwickelt.

Eine Möglichkeit wäre die Einführung von Datenspenden im Rahmen öffentlicher Förderungen, Ankäufe, Ausstellungen und Kooperationen. Kunst- und Kulturschaffende könnten dabei Angaben machen, die Rückschlüsse auf Diversität und Inklusion erlauben, etwa zu Geschlecht, Migrationsgeschichte, sozialem Hintergrund oder regionaler Herkunft. Entscheidend ist, dass diese Angaben freiwillig erfolgen, anonymisiert ausgewertet werden und ausschließlich für statistische Zwecke dienen.

Die nachhaltige Sicherung kultureller Vielfalt setzt voraus, dass ihre Entwicklung dokumentiert und analysiert wird. Solche Daten würden es ermöglichen, Ungleichheiten sichtbar zu machen und kulturpolitische Maßnahmen gezielter auszurichten.

Beispiel: Das Arts Council England erhebt im Rahmen seiner Förderpolitik systematisch Daten zur Diversität, um die Repräsentation marginalisierter Gruppen sichtbar zu machen und Fortschritte bei Gleichstellung und Inklusion messbar zu gestalten. Die Berichte werden in einer Kurz-, sowie in einer Langfassung veröffentlicht. Darüber hinaus wird der Bericht in einfacher Sprache, als Audioversion, sowie als Video in Gebärdensprache publiziert.

https://www.artscouncil.org.uk/research-and-data/diversity-data

2. Vielfalt in Algorithmen

Öffentlich-rechtliche Medien haben den klaren Auftrag, Pluralität und kulturelle Vielfalt zu fördern. Auch private Plattformen, die öffentliche Aufmerksamkeit bündeln (von

Streamingdiensten bis hin zu großen KI-Assistenten) sollten angehalten oder perspektivisch verpflichtet werden, „Vielfalts-Slots“ einzubauen.

Das bedeutet, Inhalte aus kleinen Katalogen, lokalen Szenen und marginalisierten Communities gezielt sichtbar zu machen. Ebenso braucht es Transparenz über die Funktionsweise der dahinterliegenden Empfehlungsalgorithmen, um nachvollziehen zu können, wie Vielfalt abgebildet oder ausgeblendet wird.

Beispiel: Die NPO (Nederlandse Publieke Omroep) hat für ihre On-Demand-Plattform ein eigenes Empfehlungssystem entwickelt, das sich explizit von kommerziellen Plattformen unterscheidet. Statt ausschließlich auf Klickzahlen oder Verweildauer zu optimieren, integriert der Algorithmus Vielfalts-Kriterien: Er sorgt dafür, dass auch weniger massenattraktive Inhalte, etwa Produktionen in Minderheitensprachen, regionale Formate oder Beiträge marginalisierter Gruppen, prominent vorgeschlagen werden und versucht bewusst Filterblasen zu brechen.

https://thesis.eur.nl/pub/64918/bertensmila_178355_65216301_MA-Thesis-Mila-M.-Bertens-579205-.pdf?utm_source=chatgpt.com

3. Transparenzberichte

Vielfalt und Fairness lassen sich nicht einfach postulieren – sie müssen messbar und überprüfbar sein. Dafür braucht es eine praxisnahe Verfeinerung der verpflichtenden Transparenzberichte von Plattformen, Verwertungsgesellschaften und KI-Firmen. Diese sollten offenlegen:

- welche Daten genutzt wurden,
- wie Empfehlungsalgorithmen Vielfalt abbilden,
- und welche Indikatoren für Vielfalt und kulturelle Teilhabe herangezogen werden.

Solche Daten sollten regelmäßig veröffentlicht werden, um Fortschritte sichtbar zu machen, Nachsteuerung zu ermöglichen und Vertrauen in kulturpolitische Maßnahmen zu stärken.

Beispiel: Die BBC ist als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt verpflichtet, regelmäßig Daten zur Diversität in Belegschaft, Programmgestaltung und Führungsstrukturen zu veröffentlichen. Sie nutzt dabei konkrete Indikatoren – z. B. den Anteil von Frauen, People of Colour, Menschen mit Behinderung oder aus sozioökonomisch benachteiligten Gruppen in verschiedenen Bereichen. Diese Kennzahlen werden jährlich überprüft und in einem öffentlichen Bericht zugänglich gemacht.

https://www.bbc.co.uk/creativediversity/

Beispiel: Netflix veröffentlicht seit 2021 regelmäßige Transparenzberichte zur Diversität, in denen Quoten nach Geschlecht, Herkunft und weiteren Dimensionen offengelegt werden, um Fortschritte bei Inklusion und Repräsentation in seinen Produktionen, aber auch in der eigenen Belegschaft nachvollziehbar zu machen. Die Berichte beruhen nicht auf verbindliche Standards oder gesetzliche Vorgaben.
https://about.netflix.com/de/inclusion

Know-how-Aufbau in öffentlichen Institutionen

Genannte Möglichkeiten und Infrastrukturen erfordern Kompetenzen vor allem in den öffentlichen Häusern. Eine bloße Forderung nach mehr Datenkompetenz reicht nicht aus, es braucht konkrete und kostengünstige Modelle, die in den Verwaltungsorganisationen auch realistisch umgesetzt werden können.

Kooperationen mit der Open-Data-Community bieten hier eine wirksame Möglichkeit. Ein etabliertes Modell ist das Programm Wikipedian in Residence (oder vergleichbare Fellowships): Praktiker*innen arbeiten zeitlich befristet in einer Institution, schulen Mitarbeitende, setzen Abläufe auf und verankern die Zusammenarbeit mit Wikimedia-Projekten nachhaltig. Ziel ist, dass die Einrichtung nach dem Aufenthalt selbstständig offen lizenzierte Inhalte, Daten und Metadaten beiträgt. Solche Modelle schaffen nachhaltigen Kompetenzaufbau in den Institutionen selbst und damit die Voraussetzung, dass Offenheit nicht punktuell bleibt, sondern Teil der Organisationskultur wird.

Beispiel: Österreich hat bereits positive Erfahrungen hierzu gesammelt. Seit Sommer 2012 arbeitet das Bundesdenkmalamt mit einem Wikipedian in Residence zusammen. Die erfolgreiche Kooperation ist mittlerweile dauerhaft. Zudem gibt es einen jährlichen Fotowettbewerb von Wiki Loves Monuments und der Sonderkategorie „Tag des Denkmals“, durch den zahlreiche Foto- und Videoaufnahmen von denkmalgeschützten Werken durch die Wiki-Community entstehen.

https://www.bda.gv.at/

Beispiel: Der „Zweite Österreichische Sachstandsbericht zum Klimawandel" wird aktuell von einem Wikimedian in Residence an der Universität Innsbruck für die Wikiprojekte aufbereitet und der Allgemeinheit darin zur Verfügung gestellt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_%C3%96sterreichischer_Sachstandsbericht_zum_Klimawandel

https://wikimedia.at/der-klimabericht-und-die-wikipedia-teil-2-wikimedian-in-residence/

Beispiel: In Kooperation mit dem Pratt Institute School of Information öffnen sich die MoMA Archives zum wiederholten Male einem „Linked Open Data for Museums Fellowship" und betreiben damit explizit Linked-Open-Data-Arbeit.

https://www.pratt.edu/wp-content/uploads/2025/03/MoMA-LOD-Fellowship-Application-2025-2026-1-1.pdf

Nachvollziehbares Management von Nutzungsrechten

Derzeit ist für Kreative nur eingeschränkt nachvollziehbar, ob und in welchem Umfang ihre Werke für das Training von KI-Modellen herangezogen werden. Viele Anbieter machen keine detaillierten Angaben zu den verwendeten Daten, und Plattformen legen selten offen, nach welchen Kriterien ihre Algorithmen Inhalte sichtbar machen. Dadurch bleiben sowohl Machtstrukturen als auch Erlösströme intransparent, und Urheber*innen haben kaum Möglichkeiten zu überprüfen, ob und wie ihre Arbeit berücksichtigt wird. Selbst bei pauschalen Vereinbarungen mit Verwertungsgesellschaften fehlt es bislang an nachvollziehbaren Mechanismen zur Überprüfung der Verteilung

*Beispiel: Ein erster Ansatz ist der 2025 vorgestellte Standard CC Signals von Creative Commons. Damit sollen Rechteinhaber*innen und Data Stewards künftig Nutzungsrechte für Sammlungen oder Datensätze maschinenlesbar kennzeichnen, insbesondere unter welchen Bedingungen diese Werke für KI-Training verwendet werden dürfen. Beispielsweise fordert die Bedingung „Credit", dass KI-Anbieter*innen bei Training oder Nutzung externer Datenquellen stets eine angemessene Nennung inklusive Quellenlink im Output sicherstellen. Sinnvoll ist diese Forderung beispielsweise, wenn ein KI-System mit einem großen Sprachmodell auf externe Wissensquellen zugreift und mit deren Inhalt seine Antwort generiert. Vergleichbar funktioniert das aktuell bereits bei Deep-Research-Angeboten.*[2]

https://creativecommons.org/wp-content/uploads/2025/06/Human-Content-to-Machine-Data_Final.pdf

[2]vgl. dazu https://irights.info/artikel/cc-signals-ki/32652

Für eine wirksame Umsetzung braucht es international gültige, interoperable Lösungen, die auch Urheber*innen direkt und einfach nutzen können und damit rechtssicher festlegen, wie ihre Werke genutzt werden dürfen.

Zukünftig wird es zunehmend wichtiger, KI-generierte Inhalte menschen- und maschinenlesbar zu kennzeichnen, insbesondere jene, die mangels ausreichender menschlicher Schöpfungshöhe keinen urheber*innenrechtlichen Schutz genießen. Eine solche Kennzeichnung dient nicht nur der Transparenz gegenüber den direkten Nutzer*innen, die Inhalte dann im richtigen Kontext einordnen können, sondern auch der Vermeidung unerwünschter algorithmischer Schleifen, bei denen Systeme maschinengemachte Outputs wiederverwenden und dadurch Vielfalt und Qualität verlieren.

Technische Infrastruktur öffnen

Der Zugang zu KI darf nicht primär den finanziell Stärkeren vorbehalten bleiben. Dafür braucht es öffentlich zugängliche, nachhaltige Infrastruktur. Über Universitäten, Bibliotheken oder geförderte Community-Labs könnten gezielt Rechenkapazitäten, Open-Source-Modelle und spezialisierte Tools für die Kulturszene bereitgestellt werden.

Ein denkbarer Ansatz wäre der Aufbau von KI-Clouds für den Kultursektor, etwa um Archive automatisch zu übersetzen, Materialien zu verschlagworten, Audio- und Videoaufnahmen zu transkribieren oder kreative Experimente mit offenen Modellen zu ermöglichen.

Beispiel: Die European Open Science Cloud (EOSC) ist eine von der EU aufgebaute Infrastruktur, die Forschenden in Europa einen offenen und sicheren Zugang zu Daten, Publikationen, Software und digitalen Werkzeugen bietet. Ihr Kernziel ist es, Open Science zu ermöglichen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern, indem Ressourcen aus verschiedenen Disziplinen und Ländern über eine gemeinsame Plattform zugänglich und wiederverwendbar gemacht werden.

https://open-science-cloud.ec.europa.eu/

Fazit

Die Sicherung kultureller Vielfalt im digitalen Zeitalter erfordert einen klaren kulturpolitischen Rahmen, der Transparenz, Teilhabe und offene Infrastrukturen ins Zentrum stellt. Künstliche Intelligenz und datengetriebene Plattformen verändern die Produktions- und Rezeptionsbedingungen von Kunst und Kultur grundlegend. Sie eröffnen neue Möglichkeiten, verstärken aber zugleich bestehende Machtasymmetrien. Vielfalt kultureller Ausdrucksformen kann unter diesen Voraussetzungen nicht allein dem Markt oder den Strategien weniger Konzerne überlassen werden.

Damit Chancen genutzt und Risiken abgefedert werden können, braucht es verbindliche Maßnahmen: Offen zugängliche Ergebnisse aus öffentlicher Förderung, die Nutzung und Weiterentwicklung von Commons-Plattformen, standardisierte Metadatenpraktiken, transparente Diversitätsindikatoren sowie nachvollziehbare Rechteverwaltung. Ebenso entscheidend ist der Aufbau von Kompetenzen in öffentlichen Institutionen, damit diese Modelle und Werkzeuge eigenständig anwenden können. Internationale Beispiele zeigen, dass solche Ansätze realisierbar sind – von Diversitätsberichten bis hin zu offenen Cloud-Infrastrukturen.

Vielfalt im digitalen Zeitalter bedeutet daher mehr als Schutz: Sie verlangt Strukturen, die Teilhabe ermöglichen, Transparenz schaffen und Lerngewinne für alle sichern. Österreich kann durch gezielte Strategien und Investitionen dazu beitragen, dass kulturelle Vielfalt auch unter digitalen Bedingungen langfristig sichtbar, zugänglich und zukunftsfähig bleibt.